Koordinierungsstelle
#Jugendbeteiligung
in Klimafragen

Sehr geehrtes Referat NK II 1,

als offenes Netzwerk von Jugendverbänden und -organisationen in der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen bringen wir die Perspektiven junger Menschen in die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ein - einer Generation, die von den Folgen der Klimakrise besonders betroffen ist und den gesellschaftlichen Wandel aktiv mitgestalten will.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021 unterstreicht diese Perspektive und macht deutlich, dass Klimaschutz dem Schutz vor zukünftigen Einschränkungen der Freiheitsrechte junger Menschen dient und damit Verfassungsrang hat. Gerade vor dem Hintergrund einer komplexen politischen Gemengelage und teils divergierender klimapolitischer Prioritäten ist dieser verfassungsrechtliche Rahmen ein wichtiger Orientierungspunkt für verlässliches und langfristiges Handeln.

Wir teilen das Ziel der Bundesregierung, Klimaneutralität wirksam und sozial gerecht zu erreichen. Aus Sicht junger Menschen ist entscheidend, dass Klimaschutzmaßnahmen langfristig wirken, soziale Teilhabe sichern und gesellschaftliche Akzeptanz stärken. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen dabei von Anfang an zusammen gedacht werden.

Unsere Beiträge konzentrieren sich auf ausgewählte Handlungsfelder, in denen wir aus jugendverbandlicher Praxis besondere Bedarfe, blinde Flecken und Gestaltungspotenziale sehen. Die Stellungnahme erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern setzt gezielt Impulse für eine klima- und generationengerechte Ausgestaltung des Klimaschutzprogramms.

Leitfrage 1:

Welche zusätzlichen, konkreten Maßnahmen in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Landnutzung/Forst (auch sektorübergreifende Maßnahmen), bzw. Änderungen bestehender Maßnahmen können dabei helfen, diese Ziele sicher zu erreichen? Welche finanziellen oder rechtlichen Voraussetzungen, einschl. Ordnungsrecht, sind dafür erforderlich?

Verkehr

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Bildung, Arbeit, Engagement und soziale Teilhabe – insbesondere für junge Menschen, die z.B. teilweise noch nicht selber Autofahren dürfen oder aus finanziellen Gründen kein eigenen PKW besitzen.

Einen besonderen Blick benötigt der ländliche Raum. Der Weg zur Schule, zur Ausbildung, zur Arbeit, ins Vereinsleben oder zu Freund*innen ist ohne verlässliche Mobilitätsangebote kaum möglich. Junge Menschen sind mobilitätsabhängig und gerade in ländlichen Räumen häufig auf motorisierten Individualverkehr angewiesen (sog. „Elterntaxi“). Mobilität ist daher entscheidend für Freizeit und Bleibeperspektiven junger Menschen in ländlichen Räumen. Sie ist ein Grundrecht für jungen Menschen unabhängig von Besitz eines eigenen PKW oder “Elterntaxi” ein. Nachhaltige Mobilität fördert Freiheit, Bildung und Wirtschaft.

Deshalb fordern wir:

- **Klimawirksame Sofortmaßnahmen umsetzen:** Flächendeckende Tempolimits (130 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und konsequente 30 km/h innerorts), Abbau klimaschädlicher Subventionen, Förderung von Elektromobilität, deutliche Verteuerung von Kurzstreckenflügen (bis hin zu einem Verbot), Flüge auf den Landweg verlagern und für weiterhin nötige Flüge an anderen Antrieben forschen.
- **ÖPNV ausbauen und absichern:** Verlässliche Finanzierung, Mindeststandards für Takte und Qualität sowie gute Arbeitsbedingungen und Löhne im öffentlichen Verkehr, Umsetzung des Ausbau- und Modernisierungspakts, Ausbau eines integrierten internationalen Schienen- und Nachtzugnetzes. Im ländlichen Raum bisher deaktivierte Schienennetze wieder reaktiveren und elektrifizieren.
- **Mobilität bezahlbar machen:** Deutschlandticket langfristig erhalten bundesweites Jugendticket (≤ 1 €/Tag), kostenfrei für ehrenamtlich Engagierte als Stärkung, finanzielle Entlastung und Wertschätzung des geleisteten Ehrenamts.
- **Attraktivität und Konnektivität des ÖPNV steigern:** Schnellere und bequemere Anbindungen, Förderung von Radstationen und Fahrradparkhäusern, kostenlose Fahrradmitnahme und Abstimmung von Fahrplänen.
- **Fuß- und Radverkehr mit einer sicheren Infrastruktur stärken:** Die Schaffung einer starken und flächendeckenden barrierearmen Fuß- und Radinfrastruktur, um diese Form der Mobilität zu einer attraktiveren Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu machen. Ausbau von Fahrradfernnetzen und Reparaturservices insbesondere für E-Fahrräder.
- **Ländliche Räume gezielt fördern:** Rechtliche Räume schaffen, um innovative und integrierte Mobilitätskonzepte zu erproben und lokal zu verstetigen. On-Demand-Verkehre, bessere Verknüpfung von Bahn, Bus und Rad sowie von gut-finanzierte Social-Leasing-Modelle und Car-Sharing etablieren.

- **Klima-soziale Stadtentwicklung:** Verknappung und Verteuerung des Parkraums. Flächen müssen im Rahmen der Klimaanpassung von Räumen entsiegelt und renaturiert werden. Der öffentliche Raum im urbanen Raum sollte wieder für Menschen gestaltet werden und für Dinge genutzt werden, die eine Stadt lebenswerter macht (z.B. Grünflächen, Wasserflächen, Begegnungsstätten). Verkehrsflächen werden gerecht verteilt: Bei allen Baumaßnahmen wird auch die notwendige Fahrradinfrastruktur verbindlich berücksichtigt.

Gebäude/Wohnen

Wohnraum ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Der ohnehin angespannte Wohnungsmarkt – insbesondere im unteren Preissegment – wird durch notwendige Klimaschutzmaßnahmen weiter kostentechnisch unter Druck geraten, obwohl es langfristig zu günstigerem Wohnen führt. Deshalb dürfen kurzfristige zusätzlichen Kosten nicht zulasten junger und anderer vulnerabler Haushalte gehen, die bereits heute überdurchschnittlich stark durch Wohnkosten belastet sind. Da viele (junge) Betroffene von Entscheidungen der Vermietenden abhängig sind und nur begrenzte finanzielle Spielräume haben, müssen klimapolitische Maßnahmen im Wohnbereich dieses Abhängigkeitsverhältnis gezielt berücksichtigen und soziale Verschärfungen vermeiden.

Deshalb fordern wir:

- **Soziale energetische Sanierung sicherstellen:** Einführung eines verbindlichen Förderbonus für energetische Sanierungen, der an die Einhaltung sozialverträglicher Mietpreisobergrenzen durch Vermietende gekoppelt ist.
- **Sozialen Wohnungsbau gezielt stärken:** Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel für die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden im sozialen Wohnungsbau, um Klimaschutz und bezahlbares Wohnen zusammenzuführen.
- **Quartiersbezogene Lösungen ausbauen:** Förderung integrierter, quartiersbezogener Wärmeplanung in Verbindung mit sozial gestaffelten Tarifen in kommunalen Wärmenetzen, um Kosten fair zu verteilen und Versorgungssicherheit zu erhöhen.
- **Beratungs- und Förderangebote für Sanierungen bedarfsgerecht weiterentwickeln:** Stärkung, Evaluation und Weiterentwicklung bestehender Beratungs- und Finanzierungsangebote für selbstnutzende, einkommensschwache Haushalte, insbesondere mit Blick auf Zugangshürden, Verständlichkeit und Vorfinanzierung.
- **Kommunale Klimaresilienz stärken:** Ausbau und bedarfsgerechte Finanzierung kommunaler Klimaresilienzplanungen, insbesondere in Quartieren mit hoher sozialer Belastung.
- **Bestand vor Neubau priorisieren — im Sinne der Suffizienz:** Klare politische Priorisierung des Aus- und Umbaus im Gebäudebestand gegenüber Neubauten aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen, Ausbau und Stärkung der Wiederverwendung von Rohstoffen wenn ein Abriss unabdingbar ist, um die Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor zu stärken. Baustoffbörsen und ihre Nutzung fördern. Erneuerbare und recyclingfähige Rohstoffe, sowie die modulare Bauweise bei Neubauten stärken.

Landwirtschaft/LULUCF

Der LULUCF-Sektor ist zentral für Klimaschutz und Biodiversität. Intakte Wälder, Moore, Wiesen, Böden und intakte Ökosysteme wirken als natürliche Kohlenstoffsenken und sichern zugleich langfristig unsere Lebensgrundlagen. Insbesondere für junge Menschen ist ihre Stabilität entscheidend, da sie maßgeblich bestimmt, unter welchen ökologischen Bedingungen kommende Generationen aufwachsen werden. Heutige Entscheidungen über Landnutzung prägen die ökologischen Handlungsspielräume kommender Jahrzehnte. Eine klima- und biodiversitätsgerechte Ausrichtung des Sektors ist daher unverzichtbar und erfordert evidenzbasierte Lösungen, klare Zielvorgaben und verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen, die ökologische Wirksamkeit und soziale Tragfähigkeit verbinden.

Deshalb fordern wir:

- **Biodiversitätsziele rechtlich verbindlich umsetzen:** (Inter-)nationale Biodiversitätsvereinbarungen müssen konsequent eingehalten und eindeutige Referenzjahre und klare Zielgrößen implementiert werden. EU-Naturschutzrichtlinien müssen vollständig und wirksam in nationales Recht und in die Praxis übertragen werden, um Vollzugsdefizite abzubauen und Biodiversität sektorübergreifend zu stärken. Gleichzeitig sollte der Biodiversitätsschutz durch dessen Aufnahme ins Grundgesetz bzw. die Anerkennung der Natur als juristische Person rechtlich wesentlich gestärkt werden.
- **Stärkung der nationalen Naturschutzpolitik:** Die für die Umsetzung der Ziele so wichtige Zusammenarbeit staatlicher sowie nicht-staatlicher Akteure muss wesentlich ausgebaut werden. Von fundamentaler Bedeutung ist das Ziel einer, analog zur Klimapolitik, intersektoralen Naturschutzpolitik.
- **Überarbeitung bisheriger Förderprogramme zum Schutz der Biodiversität:** Für die Effektivität von Förderprogrammen ist v. a. der Aufbau eines standardisierten, wissenschaftlich begleiteten Monitorings von großer Relevanz.
- **Moorschutz und Wiedervernässung priorisieren:** Konsequente Umsetzung zentraler Managementmaßnahmen wie Wiederherstellung eines hohen Wasserhaushalts, Rückbau von Entwässerungsstrukturen und Förderung moortypischer, torfbildender Vegetation, um Klima- und Biodiversitätsziele gemeinsam zu erreichen.
- **Wälder klimaresilient biodivers entwickeln:** Wälder (insb. Laubwälder) müssen als große Kohlestoffsenken erhalten und ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, den Aufbau klimaresilienter und biodiverser Mischwälder voranzutreiben und eine naturnahe Bewirtschaftung zu fördern, die die Widerstandsfähigkeit der Wälder gegenüber Klimafolgen erhöht. Dies kann nur über die Etablierung einer nachhaltige Forstwirtschaft geschehen, die v.a. eine Extensivierung menschlicher Aktivitäten, die möglichst langlebige Nutzung von Holzprodukten sowie den Zusammenschluss einzelner Waldgebiete als Biotopverbund anstrebt. Wichtig ist v. a., dass eine nachhaltigere Forstwirtschaft nicht zu unerwünschten und die Biodiversität gefährdenden Verlagerungseffekten in Ländern außerhalb Europas (v. a. In den Ländern des globalen Südens) führt.
- **Agrarwende vorantreiben:** Die humusaufbauende und bodenschonende Bewirtschaftung muss gestärkt werden, um Kohlenstoff zu binden und die Bodenstruktur zu verbessern. Vielfältige Fruchtfolgen sowie biodiversitätsfördernde Maßnahmen wie Blühstreifen, Hecken und Extensivgrünland müssen gezielt ausgebaut werden, um Biodiversität und Ertragsstabilität zu unterstützen. Zudem muss eine zukunftsfähige Landwirtschaft regional

und kleinflächig sowie auf saisonale Gegebenheiten und auf den Grundwerten der Ernährungssouveränität angelegt sein, was auch bedeutet zunehmende Monopolisierung zu stoppen. Daneben ist es von fundamentaler Bedeutung, bislang negative Praktiken wie den massiven Einsatz von Pestiziden und Mineraldünger zu reduzieren. Um die Frage der Ernährungssouveränität angemessen zu adressieren, sollte der Fokus der zukünftigen Landwirtschaft v.a. auf klima- und standortangepasste Pflanzensorten mit hoher Resistenz gegenüber möglichen Klimafolgen gelegt werden.

- **Fördermittel neu ausrichten:** GAP-Zahlungen und weitere Förderinstrumente müssen so umgebaut werden, dass klima-, biodiversitäts- und tierwohlorientierte Bewirtschaftung deutlich bevorzugt wird und langfristig planbar finanziert werden kann. So entsteht Verlässlichkeit für Betriebe und ein wirksamer Anreiz für nachhaltige Bewirtschaftungsformen (siehe Empfehlung der Zukunftskommission Landwirtschaft). Außerdem: Förderung von kombinierten Flächennutzungskonzepten (Agri.PV, AgriForst, etc).
- **Konsum klima- und naturverträglich steuern:** Um eine nachhaltige Produktion zu stärken und den Umbau der Tierhaltung zu finanzieren, sollten Umweltfolgekosten in die Preise von Lebensmitteln eingepreist werden und der Konsum steuerlich gelenkt werden (höhere Mehrwertsteuer auf tierische Produkte, Abschaffung der Mehrwertsteuer auf pflanzliche Produkte). Daneben braucht es eindeutige, verlässliche Label zu einwandfreien Kennzeichnung von Produkten, die für mehr Tierwohl stehen (Überarbeitung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes). Weiterhin unerlässlich ist die deutliche Reduktion der Tierbestände.
- **Tierschutz stärken:** Unabhängige Tierschutzbeauftragte/Veterinärmediziner*innen absichern und stärken sowie verlässliche Labels etablieren (siehe oben).

Energiewirtschaft

Die konsequente Elektrifizierung und Dekarbonisierung aller Sektoren ist Pflicht und Chance zugleich für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dabei kommt der Energiewirtschaft eine Schlüsselrolle zu. In marktwirtschaftlichen Systemen setzen sich langfristig die kostengünstigsten und am einfachsten umsetzbaren Energieformen durch. Erneuerbare Energien sind die kostengünstigste und schnell verfügbare Grundlage für eine klimaneutrale Wirtschaft. Aufgabe der Bundesregierung ist es, die notwendigen Anreize zu setzen und die Transformation durch klare Regulierung, verlässliche Verfahren und gezielte Investitionen insbesondere in dezentrale und flexible Strukturen zu beschleunigen. Ein verlässlicher, schneller Ausbau von Netzen und erneuerbaren Energien ist Voraussetzung für Klimaschutz, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität – heute und für kommende Generationen.

Deshalb fordern wir:

- **Ausstieg aus den fossilen Energien:** Der beschlossene und gesellschaftlich abgesicherte Kohleausstieg muss durch ambitioniertere Maßnahmen umgesetzt werden. Den Forderungen nach einer Förderung von Fracking-Gas in der Bundesrepublik ist genauso eine klare Absage zu erteilen, wie den wieder aufkommenden Rufen nach Atomenergie. Der Atomausstieg muss vollendet werden. Der Ausbau neuer Gasinfrastruktur ist ein gefährliche Lock-In und kann nur unter der Voraussetzung geschehen, dass ein Ausstiegsdatum

festgelegt wird und die neue Infrastruktur auch auf eine zukünftige Nutzung mit grünem Wasserstoff ausgelegt ist.

- **Erneuerbare Energien flächeneffizient, dezentral und flexibel ausbauen:** Verpflichtende Doppelnutzung versiegelter Flächen, insbesondere durch Photovoltaik-Überdachung großer Parkflächen (französisches Vorbild). Eine adäquate Entlohnung für die Einspeisung privat produzierter Energie (bspw. mit Balkonkraftwerken) muss zum Marktstrompreis entlohnt werden. Bei der Planung muss berücksichtigt werden, dass sich die Stromerzeugung zunehmend dezentralisiert und die Zeit von zentralen Großkraftwerken bald vorbei ist.
- **Reduktion der Treibhausgasemissionen durch gesteigerte Effizienz bei gleichzeitiger Suffizienz:** Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein entscheidender Hebel bei der Energiewende sowohl die durch Effizienz- und Suffizienzmaßnahmen den benötigten Energiebedarf deutlich zu reduzieren.
- **Kommunen und Bürger*innen gezielt befähigen:** Aktivierung kommunaler Flächen, Stärkung von Stadtwerken, wirksame Beteiligungsformate und lokalen Kooperationsmodellen sowie personelle und fachliche Unterstützung durch den Bund.
- **Planungs- und Genehmigungsverfahren umweltverträglich beschleunigen**: Einheitliche Bundeszuständigkeiten für überregionale Netze mit zentralen Zuständigkeiten des Bundes im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten, verbindliche Fristen und Genehmigungsfiktionen bei Fristüberschreitung sowie einheitliche Vorgaben zu Abständen, und verbindlichen Fristen beim Ausbau erneuerbarer Energien, ohne dabei die Rechte von unabhängigen Umweltverbänden einzuschränken. Fortschritte in diesem Bereich aus der letzten Legislatur beibehalten.
- **Verfahren konsequent digitalisieren:** Verpflichtende, vollständig digitale, standardisierte Projektakten in allen Genehmigungsstufen.
- **Verwaltungs- und Rechtsstrukturen stärken:** Ausbau von Fachpersonal in Bund und Ländern, Einrichtung einer bundesweiten Netzausbau-Taskforce sowie spezialisierte Infrastrukturkammern an Verwaltungsgerichten; zeitliche Begrenzung von Rückverweisungen zur Vermeidung von Verfahrensschleifen.

Abfallwirtschaft

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft und Umsetzung der Abfallhierarchie reduziert Treibhausgasemissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und ist ein zentraler, bislang klimapolitisch unterbewerteter Hebel. Aus Sicht junger Menschen ist Abfallwirtschaft dabei besonders relevant, da sie im Alltag unmittelbar mit Trenn-, Recycling- und Konsumentscheidungen konfrontiert sind, jedoch nur begrenzten Einfluss auf Produktgestaltung und Verpackungssysteme haben.

Das aktuelle Anreiz- und Bilanzierungssystem honoriert vor allem produktionsseitige Emissionseffekte, nicht aber die Vorleistungen der Sammlung, Sortierung und Aufbereitung. Dadurch bleiben zentrale Klimaschutzpotenziale unsichtbar und strukturelle Verantwortung wird häufig auf individuelles Verhalten verlagert. Für eine glaubwürdige, generationengerechte Klimapolitik braucht es daher eine systematische Stärkung der Kreislaufwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Deshalb fordern wir:

- **Kreislaufwirtschaft als Klimaschutzbereich anerkennen:** Systematische Berücksichtigung direkter und indirekter Einsparpotenziale.
- **Anreize entlang der Wertschöpfungskette angleichen:** Faire Steuerungsinstrumente die alle Akteure adressiert für Erzeugung, Sammlung, Recycling und Produktion.
- **Produktdesign politisch stärken:** Verbindliche Anforderungen an Produkte und Verpackungen in Bezug auf Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Reziklatanteile.
- **Weitere Materialströme einbeziehen:** Richtlinien zur nachhaltigen Nutzung von Textilien, sowie die hochwertige Erfassung, Sortierung, Verwertung und Vermarktung von Alttextilien, Batterien, Kunststoffen und Holz stärken.
- **Kooperations- und Vernetzungsplattformen etablieren und ausbauen:** Sektorübergreifende Strategien und dauerhafte Dialogformate.
- **Weniger Abfall produzieren und in Infrastruktur investieren**: Einführung von Verpackungssteuern (Vorbild Tübingen), Verboten von Einwegumverpackungen, Einweg-E-Vapes. sowie Einführung weiterer bundeseinheitlicher Mehrwegsysteme für bspw. Becher und To-Go-Boxen

Leitfrage 2:

Wie kann das Klimaschutzprogramm so ausgestaltet werden, dass es vulnerable Gruppen und insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht überfordert, eine faire Verteilung der Kosten und Nutzen gewährleistet und eine hohe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz findet?

Junge Menschen haben wenig zum Klimawandel beigetragen, tragen aber die Folgen unzureichenden Klimaschutzes am längsten. Diese Perspektive deckt sich mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021, der betont, dass unzureichender Klimaschutz zukünftige Freiheitsrechte unverhältnismäßig einschränken kann und staatliches Handeln daher generationengerecht ausgestaltet werden muss. Gleichzeitig haben viele junge Menschen wenig Einkommen, unsichere Übergänge (Schule–Ausbildung–Studium–Beruf) und kaum politische Entscheidungsmacht. Klimaschutzpolitik ist dann tragfähig, wenn sie konkret entlastet, Teilhabe ermöglicht und Vertrauen stärkt. Dafür braucht es soziale Leitplanken, die von Anfang an in allen Sektoren mit geplant werden – nicht als nachträgliche Korrektur.

Die fehlende Einbeziehung strukturell benachteiligter Gruppen, auch junger Menschen, ist ungerecht und untergräbt die Akzeptanz von Klimapolitik. Diese Leerstelle bietet Angriffsflächen für rechtspopulistische und -extreme Erzählungen.

Deshalb fordern wir:

- **Klimaschutz sozial wirksam gestalten:** Jede Maßnahme wird verbindlich auf Verteilungswirkungen geprüft (Kosten, Nutzen, regionale Effekte) und bei negativer Wirkung sozial nachgeschärft. Insbesondere sollen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden, deren Klimawirkung klar belegt und deren soziale Folgen unbedenklich sind.
- **Klimageld schnell und sozial gestaffelt einführen:** Pro-Kopf-Rückverteilung von CO_2-Einnahmen mit besonderem Fokus auf niedrige Einkommen, Wohnort und Zugang zum

öffentlichen Verkehr; Kinder, Jugendliche und junge Menschen müssen berücksichtigt werden. Die überproportionale Verantwortung hoher Vermögen und Emissionen muss verbindlich adressiert werden.

- **Kinder und junge Menschen als vulnerable Gruppe anerkennen:** Kinder und Jugend müssen als eigene Vulnerabilitätsdimension mitgedacht werden. Die wichtigen Lebensphasen von jungen Menschen (etwa beim Übergang von Schule zu Beruf, beim Zugang zu Ausbildung oder Studium sowie beim Eintritt in den Wohnungsmarkt) sind von immer mehr strukturellen Unsicherheiten geprägt. Dies kann zu psychosozialen Belastungen führen, die häufig unsichtbar bleiben. Fehlende Absicherung, geringe Entscheidungsmacht und begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten verstärken – vor allem im Kontext des Klimawandels und tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationsprozesse – die Verletzlichkeit junger Menschen zusätzlich. In Kombination mit Geschlecht, Einkommen (des Elternhauses) und verschiedenen Diskriminierungserfahrungen usw. ergeben sich verstärkte Vulnerabilitätsbilder. Vulnerable Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- **Vulnerabilität intersektional denken:** Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten sowie ländlichen Regionen, aber vor allem auch von (u.a. rassistischer und ableistischer) Diskriminierung betroffene Kinder und Jugendliche sind besonders vulnerabel. Die Rahmenbedingungen der Partizipation müssen deshalb inklusiv gestaltet werden (z.B. durch barrierearme Zugänge und abrechenbare finanzielle Unterstützung für etwa Gebärdendolmetschen).
- **Bezahlbarkeit zentral absichern:** Schutzmechanismen gegen „Klimakosten-Schocks“ bei Wohnen, Wärme und Mobilität (z. B. Sozialtarife, Härtefallregelungen, Preis- und Mietschutz bei Sanierungen).
- **Teilhabe statt Überforderung ermöglichen:** Niedrigschwellige Beratung, Vorfinanzierung und Entbürokratisierung, damit Förderprogramme auch wirklich bei jungen und einkommensarmen Haushalten ankommen.
- **Akzeptanz durch Beteiligung stärken:** Verbindliche Beteiligung von Bürger*innen und insbesondere jungen Menschen bei der Ausgestaltung relevanter Maßnahmen – transparent, frühzeitig und mit Rückkopplung, was übernommen wurde. Es ist erheblich, dass junge Menschen fest verankerte Möglichkeiten der Mitbestimmung bekommen, sowohl über eine Herabsenkung des Wahlalters als auch einen gesicherten Platz an Entscheidungstischen. Dabei muss Jugendbeteiligung transparent und keines Wegs als eine *pro forma* Randerscheinung gestaltet werden.
- **Zivilgesellschaftliche Infrastruktur absichern:** Die Mitbestimmung von jungen Menschen ist notwendig und kostet Geld. Wir fordern daher eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung von Kinder- und Jugendverbänden sowie Jugendringen und Beteiligung in politischen Prozessen, auch durch den Einsatz von Jugenddelegierten nach bestehenden Vorbildern internationaler Beteiligungsformate, die die junge Perspektiven direkt einbringen.

Leitfrage 3:

Welche Änderungen von Rahmenbedingungen und Anreizen können dabei helfen, weitere Investitionen in die Transformation zur Klimaneutralität und die Marktdurchdringung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität zu beschleunigen?
Wie kann dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden?
Wie kann die Wirksamkeit marktwirtschaftlicher Instrumente bestmöglich gewährleistet werden?

Für junge Menschen ist Klimaschutz ein zentraler Baustein für eine stabile und zukunftsfähige Wirtschaft. Investitionen in wirksame Klimaschutzmaßnahmen stärken langfristig Wohlstand, Versorgungssicherheit und Resilienz des Wirtschaftsstandorts. Die zunehmenden Erfahrungen mit Extremwetterereignissen und unterbrochenen Lieferketten machen deutlich, wie wichtig es ist, Klimaschutz als wirtschaftliche Vorsorge zu begreifen und konsequent weiter voranzubringen. Wirtschaftspolitik ist dabei kein Selbstzweck: Sie muss sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten und internationale, intergenerationelle sowie innergesellschaftliche Gerechtigkeit mitdenken.

Gleichzeitig bietet die Transformation große Chancen: Investitionen in erneuerbare Energien, klimafreundliche Mobilität und Gebäudesanierung schaffen Beschäftigung, sichern regionale Wertschöpfung und eröffnen jungen Menschen langfristige Perspektiven in Ausbildung und Arbeit. Voraussetzung dafür sind klare politische Leitplanken, wie der Abbau klimaschädlicher Subventionen, wirksame Steuerungsinstrumente und Investitionssicherheit. Dazu gehört auch, Investitionen in Klimaschutz nicht auf kurzfristige Haushaltslogiken zu verengen, sondern langfristige Finanzierungsperspektiven zu schaffen, die Planungssicherheit über Legislaturperioden hinweg ermöglichen.

Deshalb fordern wir:

- **Klimaschutz als wirtschaftliche Chance verankern:** Nicht die Klimaschutzmaßnahmen schaden der Wirtschaft, sondern die Folgen des Klimawandels. Politische Rahmenbedingungen müssen so ausgerichtet sein, dass Klimaschutz als Schutz vor wirtschaftlichen Schäden durch den Klimawandel verstanden und entsprechend priorisiert wird.
- **Klimaschädliche Subventionen abbauen:** Fossile Fehlanreize und Privilegien schrittweise beenden und Mittel in klimafreundliche Infrastruktur, Effizienz und Erneuerbare umlenken.
- **Investitionen planbar und verlässlich absichern:** Es bedarf langfristiger Finanzierungssicherheit, konsistente Förderkulissen und klare politische Pfade, um Vertrauen bei allen Akteuren zu stärken und notwendige Investitionen in die Transformation zu ermöglichen
- **Technologiepolitik wirksam ausrichten:** Technologieoffenheit darf nicht selektiv erfolgen, sondern muss sich an wissenschaftlicher Evidenz, Umsetzbarkeit und Klimawirkung orientieren. Offenheit gegenüber noch nicht einsatzbereiten Technologien darf nicht zur Verzögerung von Klimaschutz führen. Bewährte Lösungen müssen gestärkt werden.
- **Gute Arbeit in der Transformation sichern:** Green Jobs können den Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig stärken und sichern. Es braucht Qualifizierung, Ausbildungsoffensiven und faire Arbeitsbedingungen in Transformationsbranchen, damit junge Menschen echte

Perspektiven in „Green Jobs“ haben, vor allem im derzeit schwierigen Arbeitsmarkt. Umschulung für Arbeitnehmende aus fossilen Branchen stärken, um Perspektivlosigkeit in der Breite zu reduzieren.

- **Marktwirtschaftliche Steuerung konsequent nutzen und wirksam kombinieren:** Steuerliche und regulatorische Anreize müssen so eingesetzt werden, dass sich klimafreundliche, kosteneffiziente Technologien durchsetzen und soziale sowie generationengerechte Wirkungen berücksichtigt werden.

Leitfrage 4:

Worauf sollte angesichts der substantiellen Konsolidierungsbedarfe im Bundeshaushalt sowie der gebotenen Kosteneffizienz besonderes Augenmerk gelegt werden?

Junge Menschen erleben, dass Krisenpolitik oft kurzfristig reagiert – während die großen Investitionen in Zukunft, Infrastruktur und soziale Sicherheit zu langsam vorankommen. Ein wirksames Klimaschutzprogramm kann Konjunktur und Zusammenhalt stärken, wenn es auf schnelle, arbeitsintensive Investitionen setzt, die dauerhaft Kosten senken: bei Energie, Wohnen, Mobilität und öffentlicher Daseinsvorsorge. Kosteneffizienz heißt für uns: nicht „billig“, sondern nachhaltig wirksam – mit Blick auf Folgekosten für kommende Generationen.

Für junge Menschen ist entscheidend, dass Klimaschutz nicht an kurzfristigen haushaltspolitischen Zwängen scheitert. Als langfristige Aufgabe, deren Wirkung sich über Jahrzehnte entfaltet, braucht Klimaschutz verlässliche finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen, damit zentrale Investitionen frühzeitig geplant, umgesetzt und dauerhaft gesellschaftlich getragen werden können. Nur wenn diese Weichen jetzt gestellt werden, können Klimaschutzmaßnahmen langfristig geplant, umgesetzt und gesellschaftlich getragen werden.

Deshalb fordern wir:

- **Planbarkeit über Legislaturperioden hinweg gewährleisten:** Langfristige Klimaschutzinvestitionen finanziell absichern, um Umsetzungssicherheit und Wirksamkeit unabhängig von kurzfristigen Haushaltszwängen zu gewährleisten.
- **Investitionen mit dauerhafter Wirkung priorisieren:** Fokus auf Maßnahmen mit langfristigen Einsparungen und hoher Klimawirkung (Effizienz, Erneuerbare, Netze, Wärme, ÖPNV) statt kurzlebiger Mitnahmeeffekte.
- **Soziale Infrastruktur klimafest machen:** Schulen, Jugendzentren, Sportstätten und öffentliche Gebäude energetisch sanieren und klimaresilient umbauen – als sichtbarer Nutzen im Alltag junger Menschen.
- **Kommunale Investitionsfähigkeit stärken:** Einfachere Förderzugänge, Vorfinanzierung und Personalunterstützung für Planung/Umsetzung; ohne starke Kommunen keine Umsetzung vor Ort.
- **Bildung und Qualifizierung ausbauen:** Bildung für nachhaltige Entwicklung und Transformationskompetenzen stärken – in Schule, Ausbildung, Studium und Jugendarbeit; Qualifizierung als Standort- und Gerechtigkeitsfaktor.

- **Prozesse digitalisieren und standardisieren:** Einheitliche digitale Verfahren in Förderung, Genehmigung und Reporting, um Umsetzung zu beschleunigen und Verwaltungskosten zu senken.
- **Verteilungskonflikte vermeiden, Akzeptanz sichern:** Konjunkturimpulse so gestalten, dass sie bei niedrigen und mittleren Einkommen ankommen (z. B. Klimageld, Sozialtarife, zielgenaue Zuschüsse).
- **Wirksamkeit messbar machen:** Klare Zielwerte, Zwischenziele und öffentliches Monitoring je Maßnahme; Nachsteuerungsmechanismen, wenn Wirkung verfehlt wird.

Fazit

Das Klimaschutzprogramm bietet die Chance, Klimaneutralität wirksam, sozial gerecht und generationengerecht voranzubringen. Aus Sicht junger Menschen ist entscheidend, dass Maßnahmen nicht nur ambitioniert, sondern auch alltagstauglich, bezahlbar und langfristig verlässlich ausgestaltet werden. So kann Klimaschutz Vertrauen schaffen und breite gesellschaftliche Unterstützung gewinnen. Klimaschutz ist dabei kein Partikularinteresse, sondern eine gemeinsame Aufgabe im Sinne des Gemeinwohls. Er schützt Lebensgrundlagen, stärkt wirtschaftliche Stabilität und erhöht die Lebensqualität – für heutige und kommende Generationen. Wenn Klimaschutz sozial ausgewogen, planbar und wirksam gestaltet wird, kann die gesamte Gesellschaft davon profitieren.

Von zentraler Bedeutung ist die konsequente Umsetzung bereits beschlossener Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel des ETS II auf EU-Ebene. In vielen Bereichen liegen wirksame Instrumente bereits vor; ihre verlässliche Anwendung schafft Planbarkeit, stärkt Vertrauen und erhöht die Wirksamkeit. Klimapolitik darf dabei nicht an kurzfristigen Haushaltslogiken scheitern, sondern braucht kohärente Instrumente und verlässliche Perspektiven über Legislaturperioden hinweg. Entscheidend ist, Klimapolitik nicht als Nebeneinander einzelner Konzepte und Fördermaßnahmen zu gestalten, sondern bestehende Instrumente kohärent aufeinander abzustimmen. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021 unterstreicht die Bedeutung einer langfristig verlässlichen und umsetzungsorientierten Klimapolitik zum Schutz zukünftiger Freiheitsrechte.

Junge Menschen wollen Teil der Lösung sein. Sie bringen Erfahrungen aus Engagement, Ehrenamt, Ausbildung, Studium und Arbeit ein und sind bereit, Verantwortung für die Transformation zu übernehmen – wenn ihre Perspektiven ernsthaft einbezogen werden. Eine kluge Klimapolitik nutzt dieses Potenzial und stärkt Beteiligung als Voraussetzung für Akzeptanz und Wirksamkeit.

Wir sehen viele gemeinsame Ziele mit der Bundesregierung: den Schutz der Lebensgrundlagen, wirtschaftliche Stabilität und sozialen Zusammenhalt. Mit dieser Stellungnahme leisten wir einen konstruktiven Beitrag, um das Klimaschutzprogramm weiterzuentwickeln und sozial zu flankieren. Gerne bringen wir unsere Expertise und die Perspektiven junger Menschen auch weiterhin in den Dialog ein und stehen für einen vertiefenden Austausch zur Verfügung.

Der Beitrag zur Öffentlichkeitsbeteiligung zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung wird von folgenden Jugendverbänden und -organisationen unterstützt:

aej

BDKJ Bund der Deutschen Katholischen Jugend

BUNDjugend YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

BUNDES JUGENDWERK DER AWO

DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING

DEUTSCHE PFADFINDER*INNENSCHAFT SANKT GEORG

Deutsche Wanderjugend DWJ

fzs studentisch überparteilich bundesweit

jdav Jugend des Deutschen Alpenvereins

KLJB Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Kolping jugend

LCOY JUNGE KLIMAKONFERENZ DEUTSCHLAND

NAJU

NATUR FREUNDE JUGEND

Ring deutscher Pfadfinder*innen-verbände

vcp VERBAND CHRISTLICHER PFADFINDERINNEN UND PFADFINDER

Koordinierungsstelle
#Jugendbeteiligung
in Klimafragen

Zur Website des Jugendbeteiligungsformats
https://jugendbeteiligung-klima.dbjr.de/

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages